

Angst und Schrecken im Land der Einwanderer

Das „Land der Freien“, erbaut auf den Schultern von Eingewanderten, negiert unter Präsident Trump seine Vergangenheit und seine Grundwerte. Die neue Administration geht aggressiv gegen Immigranten und Immigrantinnen vor.



In den letzten Monaten spielten sich ungewohnt verstörende und dramatische Szenen in den Vereinigten Staaten von Amerika ab. Eine illegale Einwanderin aus El Salvador, die an einem Gehirntumor leidet, wird im Krankenhaus festgenommen und soll abgeschoben werden. In einer Bar in Kansas schreit ein 51-jähriger weißer Mann lauthals „Raus aus meinem Land!“, schießt auf zwei aus Indien stammende Männer und tötet einen von ihnen.^[1] Ein abgeschobener Immigrant springt von einer Brücke in der Grenzstadt Tijuana, Mexiko, in den Tod.

In den USA leben schätzungsweise an die elf Millionen unautorisierte Einwanderer und Einwanderinnen. Seit der Amtseinführung Donald Trumps macht sich in diesen Communities Unsicherheit und Angst vor Abschiebungen breit.

Der nunmehrige Präsident der USA, lange Zeit als Außenseiter belächelt, bediente sich im Wahlkampf des Populismus, um sich unter seinen politisch erfahrenen Konkurrenten und Konkurrentinnen in der Republikanischen und der Demokratischen

Partei zu profilieren. Er feilte an einem völkisch-nationalistischem Narrativ aus dem rechten Spektrum, das einfache Antworten auf komplizierte Fragen bot: Einerseits die „globale Elite“, die für offene Grenzen propagiere und andererseits Immigranten und Immigrantinnen – insbesondere aus Mexiko zugewanderte –, die als billige Arbeitskräfte Lohndumping verursachen würden, seien schuld an der Arbeitslosigkeit und Verarmung vieler weißen US-Bürgerinnen und -Bürger. Trump setzte auch auf Angst und verunglimpfte die Mexikaner als „Kriminelle, Drogendealer und Vergewaltiger“; Muslime nannte er

^[1] <https://tinyurl.com/hvhuz8u> [Stand: 15.3.2017]

„Terroristen“. Acht Jahre nach der Amtseinführung des ersten afro-amerikanischen Präsidenten Barack Obama spülte Trumps Populismus den unterdrückten Rassismus und die Wut vieler US-Bürgerinnen und -Bürger an die Oberfläche und in die Mitte der politischen Debatte.

Am 20. Jänner 2017 schließlich wurde der ehemalige Geschäftsmann als der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt. Seine Antrittsrede ist ohne Präzedenz. Sie triefte vor verschiedensten Auswüchsen des Nationalismus und seine Botschaft war eindeutig: „From this day forward, it's going to be only America first – America first.“ Die humoristische Bearbeitung dieser Rede in Satirevideos zahlreicher nicht nur europäischer Länder – eine Aktion, die sich unter dem Hashtag *#netherlandssecond* oder auch *#austriasecond* zum viralen Hit mauserte –, vermag nicht über die alarmierende Seriosität des weltweit aufkeimenden Nationalismus hinwegtäuschen, der auch in Europa grassiert. In den Niederlanden hat Geert Wilders sein Ziel knapp verpasst, in Frankreich scheint Marine Le Pens Erfolg zum Greifen nahe. Seitdem die britische Bevölkerung im Juni 2016 mit 52 Prozent für den Ausstieg aus der EU plädierte – der Brexit bescherte auch Trump mitten in seinem Wahlkampf einen Aufschwung – scheint dem Nationalismus und der Abschottung nichts mehr Einhalt zu gebieten.

Der republikanische Präsident Ronald Reagan (1981 – 1989), den Trump im Wahlkampf zum Vorbild auserkor, ging in Fragen der Einwanderungspolitik sehr unterschiedlich vor. Im Jahre 1986 änderte er die US-Einwanderungsgesetze und ermöglichte somit Millionen von Immigranten und Immigrantinnen die Einbürgerung. Dieser Akt brachte ihm den Zuspruch vieler geflüchteter Hispanics ein. Aus Dankbarkeit wählen heute noch zahlreiche Hispanics die republikanische Partei. Auch den Swing State Florida gewann Trump mithilfe dieser Stimmen.

Unverzüglich nach dem Amtseintritt wurde klar, dass Trump es mit der Eindämmung der Einwanderung ernst meint. Seine Wut bekamen als erste Bürger und Bürgerinnen einiger muslimisch geprägter Länder zu spüren. Bereits in der ersten Woche seiner Amtszeit, am 27. Jänner 2017, verhängte er einen 90-tägigen Einreisestopp für Staatsbürgerinnen und -bürger von sieben vorwiegend muslimischen Ländern: Irak, Iran, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen. Hunderte Muslime und Musliminnen mit gültigen US-Visa konnten ihre Wahlheimat nicht mehr betreten, waren von ihren Familien getrennt. Die US-Bürger und -Bürgerinnen zeigten Solidarität und zogen zu Tausenden auf die Straßen, um für die Rechte der unerwünschten Ankommenden einzustehen. Der Flughafen JFK in New York City war regelrecht belagert von Demonstrierenden, die die Einreise der Gestrandeten forderten.

Die zweite Zielscheibe des neuen Amerika sind die Millionen illegal Eingewanderten aus Mexiko und anderen südamerikanischen Ländern. Wie bereits im Wahlkampf versprochen, setzte Trump auf die rasche Abschiebung dieser Menschen. Seit Anfang Februar 2017 inhaftierte die Einwanderungsbehörde im Zuge von Razzien mehr als 700 Personen.

Das aggressive Vorgehen der Trump-Administration trifft auch eine in Europa bisher eher unbekannte Gruppe: Kinder illegal eingewandeter Personen, die entweder mit ihren Eltern in die USA eingereist oder mit Schleppern ins Land geholt worden sind. Sie wuchsen in den USA auf, durchliefen das US-Bildungssystem und sehen die Vereinigten Staaten von Amerika als ihre Heimat an. Sie nennen sich *Dreamers*, nach dem sogenannten *Dream Act* aus 2001, einem Gesetzesentwurf, der ihnen ermöglichen sollte, eine permanente Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, es aber nicht durch den Kongress geschafft hat. Erst 2012 setzte Barack Obama per Präsidialdekret

die *Deferred Action for Childhood Arrivals (DACA)* durch, die papierlosen Einwanderern und Einwanderinnen, die vor ihrem 16. Geburtstag oder vor 2007 in die USA gekommen sind, besonderen Schutz vor Abschiebungen und das Recht auf ein Studium und Arbeit bot. Mitte Februar 2017 kam dann der Schock. Im Zuge der landesweiten Razzien durch die Einwanderungsbehörde wurden auch zwei jugendliche *Dreamers* ohne Vorstrafe festgenommen. Ihre Zukunft ist ungewiss.

Einen Monat nach der Amtseinführung, am 22. Februar, veröffentlichte die Trump-Administration einen neuen politischen Plan zur Einwanderung. Demnach soll der von Obama erlassene *DACA Act* weiterhin Gültigkeit bewahren. Fragen werfen jedoch Pläne auf, wonach Truppen der Nationalen Garde bei den Abschiebungen von illegal Eingewanderten behilflich sein sollen. Überdies verfügen die Behörden über die Erlaubnis, aggressiver gegen illegale Immigrantinnen und Immigranten vorzugehen.

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen, u. a. auch „United We Dream“, die für die Rechte der *Dreamers* eintritt, kämpfen gegen Trumps restriktive Einwanderungspolitik und gehen auf die Straße. Am 17. Februar 2017 fand landesweit die Aktion „A day without immigrants“ statt, an dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Papiere nicht zur Arbeit erschienen. Zahlreiche Restaurants mit internationaler Küche blieben geschlossen. Mithilfe dieser öffentlichkeitswirksamen Aktionen machen die Betroffenen auf ihre signifikante Rolle und Leistung in der Gesellschaft aufmerksam.

Die US-Zivilgesellschaft ist erwacht und bietet der Trump Administration die Stirn. Wenn Populisten an die Macht kommen, zeigt sich die wahre Kraft des Volkes und der Demokratie.

Zsaklin Diana Macumba ist Redakteurin bei Radio Stimme.